

# Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M. durch die Post 1,35 M. Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streich usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Reklamszeile 40 Pfg., Ausnahmestellen 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbezahlung unentgeltlich gezeichnet oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird besonderer Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10,- M. bei Anz., auswärts Postgebühr. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 93

Donnerstag, den 10. August 1933

35. Jahrg.

## Die Auszahlung der Quartiergehälter

erfolgt am **Donnerstag, den 10. August, vormittags** gegen Vorlage der Quartierzettel in unserer Kämmereikasse.

Kemberg, den 9. August 1933.  
Der Magistrat.

Donnerstag, den 17. August

## Schweinemarkt

in Kemberg.  
Der Markt beginnt früh 7 Uhr.  
Kemberg, den 9. August 1933.  
Der Magistrat

## Keine deutsche Vertragsverlegung

Zurückweisung englisch-französischer Vorstellungen.

Berlin, 8. August.

Der französische Botschafter hat heute vormittag im Auswärtigen Amt unter Bezugnahme auf den Viermächtepakt zur Sprache gebracht, daß nach Auffassung der französischen Regierung die deutsche Propaganda mit Bezug auf Deutschland in gewisser, in der letzten Zeit vorgenommenen Fällen mit den bestehenden vertraglichen Bindungen nicht vereinbar sei.

Dem Botschafter wurde erwidert, daß der Reichsregierung eine Anwendung des Viermächtepaktes in dieser Form nicht angebracht erscheine, daß auf deutscher Seite Vertragsverletzungen irgendwelcher Art nicht vorlägen und daß Deutschland daher diese Einmischung in die deutsch-österreichische Auseinandersetzung nicht für zulässig halte.

Der englische Geschäftsträger, der nachmittags in der gleichen Angelegenheit vortrat, erhielt denselben Bescheid.

Mit dem abtönenden Befehl der Reichsregierung dürfte nunmehr die Angelegenheit erledigt sein. Die ganze Aktion ist übrigens eigentlich erst in Gang gebracht worden durch Stimmen der ausländischen Presse, die — im diplomatischen Gebrauch völlig ungewöhnlich — die formelle Protestation vorher groß ankündigte. Eine französische Zeitung hat es sogar fertig bekommen, den von ihr angeforderten Schritt zu vergleichen mit dem Veto, das die englische Regierung im Jahre 1835 gegen die Bestätigung des belgischen Thrones durch ein Mitglied des bourbonischen Hauses einlegte. Der angeforderte Schritt wurde jedoch immer weiter hinausgeschoben, weil die Mächte unter sich nicht einig waren.

Es ist bezeichnend, daß der italienische Botschafter heute im Auswärtigen Amt nicht erschienen ist. Die fremden Regierungen sind zu ihrem Schicksal, der nicht einmal gemeinsam erfolgte, erst durch die Pressestimmen geradezu gedrängt worden.

Man wird sich fragen, wozu die ganze Aktion überhaupt noch dienen sollte. Der wahre Grund dürfte nicht der sein, daß etwa die Unabhängigkeit eines dritten Staates bedroht oder angefochten sei, sondern er ist wohl darin zu suchen, daß mit diesem Schritt die österreichische Regierung in den Augen der Reichsmacht, besonders aber der österreichischen Bevölkerung gelächelt werden soll.

Ob dieser Zweck mit dem Schritt tatsächlich erreicht ist kann mit Zug und Recht stark bezweifelt werden.

Bei jeder Gelegenheit wäre noch einmal zu betonen, daß der Viermächtepakt keine geeignete Plattform für einen beratenden Schritt bildet. Er soll nicht dazu dienen, die Angelegenheit eines Partners mit einer fünften Macht in Ordnung zu bringen, sondern zur Befriedigung der Welt dienen, und zwar in freundschaftlicher Form.

Zu Anlagen jedenfalls eines der vier Partner gibt der Viermächtepakt keine Handhabe.

## Der englisch-französische Schritt

Berliner Pressestimmen.

Die Berliner Blätter nehmen fast alle zu dem englisch-französischen Schritt in der österreichischen Angelegenheit Stellung. — Uebereinstimmend weisen die Zeitungen darauf hin, daß die erfolgten Demarchen der Botschafter Großbritanniens und Frankreichs eine erhebliche Einschränkung der ursprünglichen in der Presse der beiden Länder angekündigten Aktion gemessen sind und daß weiter die Lausache der Nichtbeteiligung Italiens besondere Beachtung verdient.

Der „Völkische Beobachter“

nimmt die Angelegenheit, die sachlich völlig unhaltbar sei, mit der abtönenden Antwort Deutschlands erledigt und sagt weiter: Die unsere Schicksal zu diesem Vorgehen dürfte wohl in Paris zu suchen sein. Der Grund ist nachfolgend: der österreichischen Regierung sollte eine gewisse Hilfeleistung gemährt werden. Es liegt auf der Hand, daß dabei gewisse französische Interessen ausblau-

gebend gemessen sind, da, wie bekannt, französische Gruppen an dem gegenwärtigen Regime in Österreich stark interessiert sind. Zunächst ist der Viermächtepakt nicht ein Vertrag, durch den Angelegenheiten einer fünften Macht nicht zu den vier Großmächten gehört, erledigt werden sollen. Der Viermächtepakt schreibt auch weiter vor, daß die Angelegenheiten der vier Mächte in freundschaftlicher Form zur Sprache gebracht werden sollen, er ist also nicht dazu gedacht, daß Anfragen gegen eine andere Macht erhoben werden. Alles in allem genommen: der gemeinsame Schritt Englands und Frankreichs ist sachlich nicht zu verteidigen und wäre besser unterblieben. Damit dürfte der Fragenkomplex erledigt sein.

„Die „Völkische Zeitung“

führt aus: Wenn die Antihilfen der ausländischen Presse davon sprechen, daß gegen die deutsche Regierung Anfragen wegen der Verlegung irgendwelcher Verbindungen gerichtet werden sollten, so haben offenbar die zuständigen Stellen in Paris und London inzwischen erkannt, daß solche Anfragen nicht möglich sind. Gerade deshalb hat aber auch die Antwort auf den französischen und auf den anschließenden englischen Schritt zu lauten können wie sie in der amtlichen Mitteilung angegeben ist, mit dem Hinweis darauf, daß der Viermächtepakt für Aktionen solcher Art nicht die geeignete Handhabe bietet.

Die „Reue-Zeitung“

betont, daß diese merkwürdige Aktion, deren Vorzeichen schon seit Tagen durch die französische Presse gezeichnet, ein schnelles und wenig rühmliches Ende mit ihrer vollen Zurückweisung durch die Reichsregierung gefunden hat. Sie war auch nicht gerade glücklich angelegt, wenn man sie nicht gar als eine ausgefallene Donquixotterie bezeichnen will. Es ist schon eine recht eigenartige Auslegung des Viermächtepaktes, der zur Sicherung des Friedens geschlossen wurde, wenn man ihn bei seiner ersten Anwendung benutzen will, um gegen einen der Vertragspartner Vorwürfe zu erheben, und gar in einer Sache, die seine Beziehungen zu einem an diesem Vertrage nicht beteiligten fünften Staate betrifft.

Auslands-Echo

Paris: Eine wenig freundschaftliche Antwort.

Die Pariser Morgenpresse spricht von einer „wenig freundschaftlichen Antwort auf eine freundschaftliche Demarche“. Die meisten Blätter nehmen sich nicht die Mühe, auf die deutschen Argumente einzugehen und so allem eine Antwort zu geben, wie es denn mit der unzulässigen Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten stehe, die sich beispielsweise der Straßburger Sender Abend für Abend erlaubt. Daß die Beratung auf den Viererpakt in jeder Beziehung ein Mißgeschick war, geben verschiedene Blätter unumwunden zu.

London: Deutsche Herausforderung.

Aber die Antwort der deutschen Regierung auf den Schritt der diplomatischen Vertreter Frankreichs und Großbritanniens gegen die Anklagen der Londoner Presse über die Haltung der Reichsregierung auseinander. Einige Blätter glauben von einer „Herausforderung“ sprechen zu sollen, die im Gegensatz zu der vor 3 Monaten gehaltenen Rede des Reichsministers stehe. Andere sind der Meinung, daß der Ton der deutschen Antwort nicht großzügig genommen zu werden brauche, und glauben, daß die deutsche Regierung bereit sei, den Propagandaläugnen Einhalt zu tun und auch zu veranlassen, daß französische Neuierungen in den Rundfunkreden nicht weiter gebraucht werden.

Wien: Fiemlich ruhige Auffassung.

Die Beurteilung des deutschen Communiqués über die Antwort der Reichsregierung auf die Verurteilungen der diplomatischen Vertreter Frankreichs und Großbritanniens in den Wiener Blättern kann im allgemeinen als ziemlich ruhig bezeichnet werden. — Daß die Organe, die die Regierung Dolmetsch unterliegen, auch in diesem Falle gegen die Reichsregierung Stellung nehmen, beharrt kaum der Verurteilung. Zu erwähnen wäre, daß das „Neue Wiener Tagblatt“ ein Axiom empfiehlt, wie Deutschland sich jetzt verhalten werde und hinzusetzt, wenn die Fingeringe und Kundtpropaganda tatsächlich aufhöre, so werde man die starken Worte der Berliner amtlichen Mitteilung einfach vergessen können. Die morgliche „Arbeiterzeitung“ spricht von verlorenen Illusionen in der Wichtigkeit einer freundschaftlichen Verständigung mit den Nationalsozialisten.

## Neuaufbau des Reichsvolks

Vorbereitung des neuen Staatsbürgerrechts.

Zu dem Reichsgesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und über die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit liefert im Reichsverwaltungsblatt Min.-Dirigent Geheimher Regierungsrat Hering einen interessanten Kommentar. Er betont, daß der Neubau des Reiches im Sinne der Regierung der nationalen Erhebung auch einen neuen Aufbau des Reichsvolks erfordere.

Zu diesem Zweck werde das geltende Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz einer grundlegenden Umgestaltung bedürfen. Die Arbeiten hierfür seien von der Reichsregierung aufgenommen worden.

Die Frist, innerhalb der die Einbürgerungen widerrufen werden können, läuft bis zum 15. Juli 1935.

In Ausführung des Reichsgesetzes vom 14. Juli werden die Behörden die Gesamtheit der Einbürgerungen der 14 Jahre nachzuprüfen und aus ihnen die für den Widerruf in Frage kommenden herauszufinden haben.

Der Widerruf führt zum Verlust jeder deutschen Staatsangehörigkeit.

Der Betroffene wird somit staatenlos, wenn er nicht noch die Zugehörigkeit zu einem fremden Staat besitzt. Eine rückwirkende Kraft hat der Widerruf nicht. Er wird erst wirksam mit der Zustellung der Widerrufsurkunde.

Im Gegensatz zum Widerruf der Einbürgerungen ist für die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit eine Befristung nicht vorgehien.

Das Gesetz legt damit die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk als eine allgemeine staatsbürgerliche Pflicht ausdrücklich fest. Es bringt damit in einem entscheidenden Punkte den fälligen Gehalt des Begriffs Reichsangehörigkeit klar zum Ausdruck, und es darf erwartet werden, daß das neue Reichsangehörigkeitsgesetz diese Linie weiterverfolgen wird.

## Eingliederung in die Arbeitsfront

Auflösung des Kampfbundes für den Mittelstand.

Berlin, 9. August.

Der Stabsleiter der PD, Dr. NSDAP, Dr. Lenk, erklärt mit Einverständnis des Führers, wie der „Angriff“ meldet, folgende Anordnung:

1. Der am 15. Dezember 1932 durch Anordnung des Führers ins Leben gerufene Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes hat mit der Amtsübernahme durch einen nationalsozialistischen Reichsminister seine Kampfaufgabe in der bisherigen organisatorischen Form erfüllt.

Da die neuen Aufgaben in der Gestaltung des deutschen Menschen zur nationalsozialistischen Weltanschauung, zu nationalsozialistischem Wirtschaftsenten und Wirtschaftshandeln und zur gegenseitigen Selbsthilfe über Heranbildung des Führernachwuchses für Handel, Handwerk und Gewerbe in der Deutschen Arbeitsfront bestehen werden, wird der bisherige Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes in die nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation (Hago) einereits und den Gesamtverband des Deutschen Handwerks, Handels und Gewerbes in der Deutschen Arbeitsfront andererseits ausmünderegliedert.

2. Beide Organisationen stehen unter der Führung von Dr. von Renteln, der alle weiteren für die Umorganisation notwendigen Ausführungsanordnungen erläßt. 3. Die nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation (Hago) ist ebenso wie die NSD, der Obersten Leitung der PD unterstellt und ist dieser in bezug auf das Verhältnis zur politischen Organisation der NSDAP, sowie in bezug auf den Schriftverkehr und das Kassenwesen gleichgestellt.

4. Für die nationalsozialistische handwerks-, handels- und Gewerbeorganisation (Hago) tritt folgende Aufnahmeiperte ein.

Alle seit dem 1. Mai 1933 in den Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes eingetretenen Mitglieder und alle Neuaufnahmen sind bis auf weiteres dem Gesamtverband des Deutschen Handwerks, Handels und Gewerbes in der Deutschen Arbeitsfront zugewiesen, der entsprechend den Gruppen-Unternehmer, Angestellte und Arbeiter als Bestandteil der Deutschen Arbeitsfront der Gesamtorganisation der deutschen Handwerker, Kaufleute und Gewerbetreibenden und mir unterstellt.

## Beschleunigung der Dienststrafverfahren

Ein Erlaß des preussischen Kultusministers.

In einem Erlaß an die Regierungen- und Oberpräsidenten weist der preussische Kultusminister darauf hin, daß im Staatsinteresse eine schnelle Durchführung der Dienststrafverfahren erforderlich ist.

Mit Befremden habe er feststellen müssen, daß wiederholt solche Verfahren verzögert wurden, da die erforderlichen gerichtlichen Strafakten nicht mit der nötigen Beschleunigung herbeigeführt worden sind. Nach rechtskräftigem Abschluß des gerichtlichen Strafverfahrens soll daher in Zukunft besonders darauf Wert gelegt werden, daß die Strafakten sofort erforderlich werden. Falls einer solchen Anforderung nicht nachgegeben wird, ist um erneute Heberbindung binnen zehn Tagen zu erlösen und gleichzeitig darauf hinzuweisen, daß die erlösende Behörde bei Nichterfüllung der Akten sich an die vorgelegte Behörde des Gerichts bezug, der Staatsanwaltschaft wenden wird. Es sind dann innerhalb der geltenden Frist Maßnahmen zu fertigen, auch wenn sie umfangreich sind. Die Anfertigung dieser Akten ist nach Meinung des Kultusministers unbedingt angebracht, da die hierdurch entstehenden Kosten hinreichend durch die in den meisten Fällen eintretende Erparnis bei Beschleunigung des Dienststrafverfahrens ausgeglichen sind.

## Dorpmüllers Stellvertreter

Reichsbahndirektionspräsident Kleinmann ernannt.

Berlin, 9. August.

Im Vorstand der Deutschen Reichsbahn hat sich ein Wechsel vollzogen. Der bisherige Ständige Stellvertreter des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahn Dr. jur. Dr. rer. pol. h. c. Wilhelm Weirauch ist auf seinen Antrag von seinen Dienstgeschäften entbunden und zunächst beurlaubt worden. In seine Stelle tritt der bisherige Präsident der Reichsbahndirektion Köln, Wilhelm Kleinmann. Der Reichsbahndirektion Köln, Wilhelm Kleinmann. Der Reichsbahndirektion Köln, Wilhelm Kleinmann.

Generaldirektor Kleinmann war bis Kriegsausbruch bei der Eisenbahndirektion Elberfeld, bei der Generaldirektion



der Gefäß-Vorhänge des Reichseisenbahnen in Strahburg und der Eisenbahndirektion Saarbrücken tätig. Mit Beginn des Krieges zum Selbstbahnbediensteten eingezogen, wurde er zunächst auf dem westlichen und später auf dem östlichen Kriegsschauplatz eingeteilt, wurde 1916 Betriebschef bei der Militär-Eisenbahndirektion 9 in Bulgarien und blieb dort bis zum Rückmarsch der deutschen Truppen 1918 war er mit besonderem Auftrage in Moskau und St. Petersburg 1920 wurde er nach Katowitz als Dezentrat gerufen und am 1. April 1920 zum Oberregierungsbaumeister und Betriebsleiter der Eisenbahndirektion Katowitz ernannt. An der Abwehr der politischen Aufstände beteiligte sich Kleinmann aktiv durch seine Maßnahmen als Betriebsleiter und als Angehöriger des deutschen Ausflusses. Nach dem Genfer Vertrag über die Teilung Oesterreichs wurde er zu den Verhandlungen über die künftige Gestaltung der Oesterreichischen Eisenbahnen hinzugezogen. Kleinmann gehört seit Jahren der NSDAP an. Als im Mai 1933 zur Klärung von Reichsbahnfragen ein Führerstab bei der Reichsbahn aus Vertrauensleuten der NSDAP gebildet wurde, wurde ihm die Leitung dieses Stabes übertragen.

### Gegen unbefugte Eingriffe

Eine Verfügung des stellvert. Führers der NSDAP.

Berlin, 9. August.

Der Preussische Präsident der NSDAP veröffentlicht eine Verfügung des stellvertretenden Führers der NSDAP, die folgendermaßen lautet:

Gemäß den Anweisungen des Führers hat Reichsminister Dr. Frick in seinem bekanntem Rundschreiben an die Reichsstatthalter ausgeführt:

1. daß unbefugte Eingriffe in die Wirtschaft zu unterlassen sind und daß desgleichen jedes unbefugte und unrichtige Vorgehen gegen einzelne Personen unbedingt zu unterbleiben hat;

2. daß feindseligen Instanzen der Partei bzw. ihre Untergangsanstalten sich Regierungsbeschlüsse anmaßen dürfen. Gegenwärtig weist ich darauf hin, daß auch die Parteileitung in Zukunft in ähnlicher Weise die Zuständigkeiten verletzen wird.

Jede Dienststelle hat sich unbedingt auf die ihr vom Führer zugewiesenen pflichtgemässigen Aufgaben zu beschränken.

Ich habe Anweisung gegeben, in Zukunft genau zu prüfen, ob eingehende Beschwerden begründet sind. Wenn nötig, werde ich sofort Beauftragte an Ort und Stelle entsenden.

ges.: Rudolf Heß.

### Die Danziger Außenpolitik

Programmativische Erklärungen des Senatspräsidenten Dr. Kaufsning.

Danzig, 9. August.

Am Danziger Volkstag gab Senatspräsident Dr. Kaufsning eine Erklärung über die Danziger Außenpolitik und die zwischen Danzig und Polen abgeschlossenen Verträge ab.

Die Verträge, so sagte er, seien geeignet, eine Wendung von geschichtlicher Bedeutung in der Politik Danzigs einzuleiten. Es sei hier erstmalig gelungen, schwebende Streitfragen in einem unmittelbaren Verhandlungsgang der Beteiligten zu lösen.

Dr. Kaufsning erinnerte an die Atmosphäre des Misstrauens und ständiger Erregung, die zwischen Danzig und Polen entstanden habe. Der neue Senat habe den Weg zu einer Entspannung der Lage und zu der politischen wie wirtschaftlichen Zusammenarbeit durch den Warschauer Besuch eingeleitet. Trotz der Fülle der fristigen Fragen sei es nach wenigen Wochen gelungen, weitestgehend einige Fragen, darunter eine solche Kernfrage wie die der Ausweisung des Danziger Hebens, einem Ausgleich entgegenzubringen.

Der Senatspräsident trat dann der Befürchtung entgegen, daß lebenswichtige Rechte der Freien Stadt Danzig preisgegeben werden könnten, ohne daß die Aussicht auf gleichwertige Erleichterungen bestünde. Es handele sich vielmehr darum, auf einer bisher noch nicht erforderten Grundlage eine Gesamtebereinigung zu erzielen.

Es müsse, so betonte der Senatspräsident, zum Ausdruck gebracht werden, daß Danzig im Rahmen der Verträge nicht nur ein selbständiger Staat, mit dem Willen eigener Staatlichkeit sei, sondern daß auch trotz des gemeinsamen

Volksgebietes eine völlige Uniformierung der Danziger Wirtschaft mit der polnischen nicht möglich sei, da sie die Grundlage des eigenen Lebensstandes, der eigenen Kultur und der Unantastbarkeit der selbständigen Danziger Staatsführung, gefährden würde.

Es müsse volle Klarheit darüber herrschen, daß Verträge in die letztendliche Form der Danziger Wirtschaftsführung und der Selbstständigkeit des Danziger Volksgebietes führen könnten.

Es gibt, so erklärte der Senatspräsident, nur zwei oisunfähige Wege für Danzig. Einen Ausweg gibt es mit Polen zu suchen, der Danzigs Lebensstand und Selbstständigkeit sichert. Gehört dies nicht, so sehe ich nur den zweiten Weg, der unvollständig deutschem Charakter Rechnung trägt, nämlich, daß das Danziger Statut eine Veränderung erfährt. Mit den Stimmen sämtlicher Parteien, mit Aufnahme der Kommunisten, wurde eine Entscheidung angenommen, daß der Danziger Volkstag die Erklärung des Senates billige.

### Beschluß die Braune Großmesse

Die Braune Großmesse unterstützt das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung.

Amlich wird mitgeteilt:

Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda begrüßt die Bestrebungen der Braunen Großmesse Leipzig im Rahmen der Leipziger Herbstmesse vom 27. bis 31. August 1933. Es erblickt darin eine wichtige Unterstützung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung. Deutsche Waren und deutsche Handwerksarbeit in den Vordergrund zu rücken, ist eine Aufgabe von innen- wie außenpolitischer Bedeutung. Die Leipziger Braune Großmesse dient allen Kreisen des deutschen Volkes.

### Das Ziel der Deutschen Christen

Pfarrer Coerper über den Kampf um die Kirche.

In der Berliner Universität fand die Eröffnungssitzung der Reichstagung des Studententempels „Deutsche Christen“ statt. Für den verstorbenen Reichsleiter der Glaubensbewegung Deutsche Christen, Pfarrer Sollenfelder, sprach Pfarrer Coerper in der ganzen Kirche, so hob Pfarrer Coerper hervor, müsse ein neues Gesicht gegeben werden, damit sie wirklich die Kirche des Dritten Reiches werden kann. Aus diesem Grunde sei die Auflösung der Landeskirchen zugunsten einer deutschen evangelischen Kirche unbedingt notwendig. Von zwei Grundprinzipien ginge die Bewegung aus, vom Evangelium und vom Volkstum und Rasse. Nachdem der Kampf äußerlich beendet sei, lange er eigentlich erst an. Das Thema für die kommenden Jahrhunderte sei gegeben: Evangelium und Volkstum, Kreuz und Hakenkreuz.

### 30 000 marschieren

Rundgebung der Hitlerjugend.

Halle, 7. August. Der Obermann Halle-Merseburg der Hitlerjugend veranstaltete am Wochenende in Halle eine große Kundgebung, an dem etwa 30 000 Jugendlichen teilnahmen. Am Sonntagabend fand nach einem Fackelzug durch die Straßen der Stadt auf dem Hall-Markt eine Reichkundgebung.

statt. Der Platz wurde überhüllt von einem aus vielen hundert Kämpfern gebildeten Hakenkreuz, ein Symbol für eine leuchtende Zukunft auch der deutschen Jugend. Gebietsführer Redewerth, Kreisleiter Sommer und Gefolgshäupter Döge feierten in kurzen Ansprachen die deutsche Jugend der Kriegsjahre, die auf den Schlachtfeldern ihr Leben hingab für Volk und Vaterland. Sie müsse ihr Leben, vor allem der heutigen Jugend, immer das große Vorbild treuer Pflichterfüllung und unbegrenzten Opfermut sein. Das Bedenken sei aber zugleich der deutschen Mutter, die vor allem im Kriege bewiesen habe, welcher Leistungen sie fähig sei. Ein mit großem Jubel aufgenommenes Siegesheil auf Reichspräsident und Reichslanzler beendete die Begehung. Am Sonntagmorgen vereinigten sich 9000 Mitglieder der Hitlerjugend, 15 000 Jungvolkangehörige und 6000 Mädchen zu einem Paraganda-marsch. In den reich mit Fahnen und Girlanden geschmückten Straßen wurde der Zug von den Tausenden von Menschen lebhaft be-

grüßt. Auf dem Hall-Markt begrüßte in Vertretung des Reichsjugendführers Radbur von Ehrhart Stabsleiter Hauptmann Kaun die Jugend. Er führte u. a. aus, daß nur die Hitlerjugend berechtigt und bestimmt sei, vorzubereiten und zu führen zu kräftigen wehrvollen Mannern.

Die Jugendführung werde es nicht dulden, daß sich auch andere mit dieser Aufgabe beschäftigen, denn dazu sei einzig und allein die Hitlerjugend zuständig. Zum Beispiel werde in Zukunft nur noch der das Fliegen erlernen können, der der Hitlerjugend angehört hat. Abschließend rief Hauptmann Kaun an die Jugend die Mahnung, in untergeordneter Weise den Kampf bis zum letzten Ende durchzuführen. Dann nahm der Stabsleiter die Weihe von etwa 30 Bannern und Wimpeln der Hitlerjugend vor. Der Gesang des Horst-Wessel-Liedes bildete den Schluß der Kundgebung. — Nach dem Vorbemerklich der Jugend vor den anwesenden Führern überging der Magistrat der Hitlerjugend das städtische Gut Gieritz.

### Mitgliederperre bis 1. April 1934

Gelände um Aufnahme in die NSDAP, zweifels.

München, 9. August.

Der Reichsgruppenführer der NSDAP veröffentlicht im „Bäffischen Beobachter“ folgende Bekanntmachung: Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß für die Dauer der Mitgliederperre, welche voraussichtlich nach dem 1. April 1934 aufgehoben werden wird, Gelände um Aufnahme in die NSDAP, zweifels, den Ortsgruppen wird es unterlagt, jetzt schon Aufnahmeerklärungen entgegenzunehmen, um diese nach Ablauf der Perre vorzulegen.

### Politischer Rundblick

Auflösung der Hitlerjugend.

Die der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, hat der preussische Ministerpräsident und Minister des Innern, Göring, die Hitlerjugend, nachdem sie ihrer Zweckbestimmung in vollem Umfang gerecht geworden ist, mit dem 15. August 1933 aufgelöst. Eine weitere Ausbildung findet aber noch statt. Die bisherigen Runderlässe treten mit dem Ablauf des 15. August 1933 außer Gültigkeit.

### Auch in den preussischen Schulen Hitler-Gruß.

Setzt sich auch für die preussischen Schulen der Hitler-Gruß eingeführt worden, nachdem ähnliche Anordnungen in anderen Ländern bereits ergangen sind. In dem Erlass, den der preussische Kultusminister für die Behörden der preussischen Kultusverwaltung herausgegeben hat, heißt es am Schluß, daß sich diese Anordnung auch auf die Lehrer und den Grüpperteich in den Schulen erstreckt.

### Indizes der Großhandelspreise.

Am Monatsdurchschnitt Juli 1933 stellten sich die vom Statistischen Reichsamts berechnete Indizes der Großhandelspreise auf 93,9 (1913 = 100); sie ist gegenüber dem Vormonat (92,8) um 1,1 Prozent gestiegen. Die Indizes der Hauptgruppen lauten: Agrarstoffe 86,6 (plus 1,8 Prozent), Kolonialwaren 77,3 (minus 0,9 Prozent), industrielle Rohstoffe und Halbwaren 93,9 (plus 0,8 Prozent) und industrielle Fertigwaren 113,9 (plus 0,8 Prozent).

### Beamtenhaft spendet 300 000 Mark.

Einem Aufruf des Ehrenpräsidenten der deutschen Beamtenchaft Sprenger folgend, hat die Beamtenchaft der NSDAP, innerhalb der gesamten Beamtenchaft eine Sammlung für die „Opfer der Arbeit“ in die Wege geleitet. Der etwa 3 Wochen lang bereits 150 000 Reichsmark für die „Opfer der Arbeit“ angeführt werden. Weitere 150 000 Reichsmark sind heute überliefert worden. Die Sammlung dauert fort.

### Funkbänken im Konzentrationslager

Magnus und Genossen nach Dranienburg abgeholt.

Berlin, 9. August.

Der ehemalige Intendant der Berliner Funkfunke Fiedel, der ehemalige Rundfunkreporter Alfred Braun, der ehemalige Direktor der Reichsdruckfunkgesellschaft Magnus und der Ministerialrat a. D. Gierdel, der ebenfalls bei der Reichsdruckfunkgesellschaft tätig war, sind in Schiffsgefängnis genommen und in das Konzentrationslager Dranienburg eingeliefert. Der ehemalige Direktor der Berliner Funkfunke Knöpfke, der zum gleichen Zweck in Oberhof fest-

### Die Stimmen der Bergangehen

Original-Criminal-Roman von Hans Walter Schmidt.

(Nachdruck verboten.)

„Unglaublich!“ schüttelte der Untersuchungsrichter das Haupt, und doch, wenn man es sich überlegt, so verständlich!“ fügte er ferner hinzu.

„Mein armer, armer Freund!“ seufzte Bertold gerührt.

Doch plötzlich lag es wie Wetterwolken über das intelligent Gesicht des Richters. Er deutete auf das Datum und sagte, indem er sich zu seinem Besucher über den Tisch beugte und diesen scharf fixierte:

Auch ohne diese Zeitungabe muß ich davon überzeugt sein, daß dies Dokument tatsächlich von dem Verstorbenen herrührt, denn es sind seine charakteristischen, sehr schwer machungsmässigen Schriftzüge; die Gabeveränderungen werden natürlich diesen Aufschreibeschrift trotzdem noch einer sorgfältigen Kontrolle unterworfen sind. Wie kommt es nun aber, daß Sie mir jetzt heute dieses Schriftstück übergeben, welches unumstößlicher als das von Frau Leontine Wesly erbrachte Alibi den bisher unglücklicher Weise Inhaftierten nicht entlastet, sondern den Gerichten auch viel Mühe und Arbeit dadurch erspart hätte, daß es uns den Fall Wittmann in der verhängnisvollen und logischen Weise aufklärte? Bitte antworten Sie mir, Herr Bankier!”

Ein gutmütiges Lächeln suchte über des alten Herrn Gesicht.

„Sie werden mich verlesen, wenn ich Ihnen erzähle, was das Dokument von einer Stunde erst aufgefunden worden ist“, erwiderte er ruhig. „Ich hatte, wie allejährig, für heute eine Generalreinigung meiner privaten Arbeitsstimmer in unterer gemeinsamer Villa anberaumt. Sie war bereits im vollen Gange, als mit mein Diener einen Brief brachte, welchen die Arbeiter, die den schweren steinernen Tresor von der Wand abhoben, damit darunter der Boden gereinigt werden konnte, dort auf dem Parkett gefunden hatten. Den Inhalt deselben kennen Sie ja jetzt genau so wie ich. In welche Villaquana er mich verwickelt, werden Sie

wohl ermeinen können. — Nach einem halben Jahr hat der tote uns selbst das Rätsel seines Todes gelöst.“

„Das ist ein merkwürdiger Zug des Schicksals!“ riefte der Untersuchungsrichter ferner, indem er noch immer auf den Brief des Verstorbenen niederblickte. „Die Sache ist aber leicht zu erklären. Wahrscheinlich befand sich neben dem Tresor der Schreiftisch oder ein anderer Tisch, auf welchen Ihr Herr Kompanion vor seinem Tode diesen Brief als Abschiedsgruß niedertelegte. Umder Brief ist wohl gekommen und habe den toten Aufstaben irgendwo lassen bis jetzt, indem er den Tresor unter dem Tresor fegte.“

Dr. Hermann atmete erleichtert auf. Nun war er einer brütenden Sorge los und lebte. Und als dann später noch zu allem Überflusse der Detektiv seinen scharfen Beweis in betreff des Selbstmordes mit Hilfe der aufgefundenen Kugel erbrachte, da war das Uebel des Gerichtes, der Fall Wittmann vollständig gehoben und beseitigt.

Das Publikum sollte in dieser Angelegenheit aus dem gerechten Vertrauen gar nicht herauskommen. Die Endverhandlung im Falle Wittmann, in welcher der Selbstmord des geachteten Bankier proklamiert wurde, gehörte zu den größten Sensationen der Capital. Man konnte über die gültige Fügung des Schicksals, welche schließlich doch alles noch an den Tag gebracht hatte.

Nur einer wußte es besser, als die sensationslüsterne Menge, nur einer söandte tiefer, tauchte in die Verborgenen des Schicksals, als der Bankier, der die leitende Hand des Schicksals spielte, erstattete im Falle Wittmann, die in der verhängnisvollen Schicksale des Bankiers, die in dem Auffinden des Briefes zu erkennen war. Und der Vorgesetzte freute sich aufrichtig, als er den Briefentwurf studierte und daraus erkannte, daß infolge einer enormen Erleichterung der Stadt-Verkehr-Geldhalter des Bankhaus Bertold und Wittmann reichen Gewinn zu verzeichnen hatte.

Auch las er mit hohem Interesse in Tagesblättern über den nun endlich gelösten Fall Wittmann, daß Firma Wittmann und Bertold der Lebensversicherung „Beritas“ die Hälfte der ihr nach dem Tode des Herrn Friedrich Wittmann ausbezahlten Versicherungsprämie wieder zurückbezahlt habe, nachdem es sich herausgestellt, daß Herr Wittmann freiwillig aus dem Leben getreten war.

Ein befriedigendes Lächeln suchte über des Detektivs langes Gesicht, als er von seinem jungen Freunde Edgar Wittmann erfuhr, daß er sich im Stillen mit Frau Leontine Wesly verlobt habe. Ja, kein Wert war es, daß zwei Menschenherzen sich gefunden hatten, die sich bisher gequält in grunzender Pein, daß Liebe, göttliche Liebe die vereinte, die stets gewährt, sie seien Bruder und Schwester.

Nur eines gab es, den die Kunde von der Verlobung Edgar Wittmanns mit Frau Leontine Wesly, welche ganz Hartberg in freudiges Erstaunen versetzte, im Innern schmerzhaft traf. Dieser eine war der Sohn des Ohehs des Bankhauses, Erich Bertold. Seine aufstrebende Liebe zu der Tochter des Freundes seines Vaters war umsonst gewesen, sie konnte ihn nun nicht mehr an das selbige Ziel führen, welches zu erreichen er getrebt. Das war bitter für den jungen Mann, sehr bitter.

Doch gegen das unerlöbliche Schicksal vermochte der schwache Eidenjahn nicht anzukämpfen. Er mußte sich begeben, wenn auch mit blutendem Herzen.

Doch war es ihm unter den unwandelbaren Umständen unmöglich, dort zu verweilen, wo er Leontine, das ihm geliebte Mädchen wußte, wo er täglich mit ihr zusammentraf, die nun eines anderen, wenn auch seines Freundes Weib wurde.

Er beschloß daher aus dem Gesicht seines Vaters auszutreten und an einem anderen Orte als Angestellter sich sein Brot zu erwerben.

Er fürchtete schon, mit diesem seinem Wunsche bei seinem Vater auf den größten Widerstand zu stoßen, doch war er freudig erstaunt, als der alte Herr damit vollständig einverstanden war. Und nicht nur dies. Er eröffnete vielmehr seinen Sohn und bereitwilligen Erben, daß er gewillt sei, die Kompanionschaft an dem Geschäft, das nun zur Hälfte dem Herrn Edgar Wittmann übergegangen sei, anzukaufen, seinen Anteil mit Edgars Zustimmung, die er bereits erlangt hatte, herauszugeben und in einer anderen Stadt ein eigenes, selbständiges Bankhaus zu errichten.

(Schluß folgt.)



genommen wurde, erlitt bei seiner Ankunft in Berlin einen Herzensanfall und wurde ins Staatskrankenhaus gebracht.

Die Anbahnung der ehemaligen Leiter des Rundfunks, Alfred Braun, Fiesch, Knöpfe usw. wurde notwendig, weil durch die Enttarnungen über die ungeheure Mißwirtschaft über die Mißgeschickte, die sich diese Herren selbst bewilligt haben, die

### Empörung in der Bevölkerung

so ungeheuer war, daß man mit irgendwelchen Aktionen gegen diese Personen rechnen mußte. Die Polizei erhielt dafür mehrfach bestimmte Anhaltspunkte.

Dor den Häusern der jetzt in Haft Genommenen sammelten sich immer wieder Menschenmassen an, die förmlich die Bekämpfung dieser Grobverbrechen verlangten, die in wenigen Jahren sich Millionen aus öffentlichen Mitteln verschafft haben. Man entschloß sich schließlich, diese Personen zunächst in Schutzhaft zu nehmen und ihnen im Konzentrationslager Oranienburg Gelegenheit zu geben, sich wieder einmal mit einander in Verfassungen vertraut zu machen.

### Bredows unruhiges Gewissen

Der ehemalige Reichsminister für Staatssekretär a. D. Bredow hat an das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda ein Telegramm geschickt, in dem er erklärt, daß um den Rundfunk „hochverdiente Männer“ verhaftet und in ein Konzentrationslager gebracht worden seien.

Er fühle sich mit diesen Männern verbunden und bitte um die gleiche Behandlung.

Die Bezeichnung „hochverdiente Männer“ für die Herren Braun, Fiesch, Magnus usw. herab ist offenbar auf einem Druckfehler. Es soll wohl heißen „hochverdiente Männer“, denn diese Herren haben sich ihre „Verdienste“ um den Rundfunk mit vielen hunderttausenden Mark bezahlt lassen.

### Drei SPD-Volkserzieher eingekerkert

Der ehemalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Stadtdirektor von Brandenburg a. d. H. Friedrich Gert, der Sohn des ehemaligen Reichspräsidenten, ferner der ehemalige SPD-Abgeordnete Franz Krollen und der ehemalige Reichstags- und Landtagsabgeordnete, langjähriger Fraktionsführer der SPD im Preussischen Landtag, Hellmann, sind ebenfalls in das Konzentrationslager Oranienburg eingekerkert worden. Hellmann ist besonders unzulänglich hervorzuheben als Freund von Bormat und Slatkewitsch, mit denen er enge Fühlung hatte.

Zum Empfang der drei Volkserzieher war die gesamte Belegschaft des Oranienburger Konzentrationslagers geschlossen angetreten. Als Ausgleich für die Inhaftnahme der drei Volkserzieher sind 6 verführte Arbeiter aus dem Konzentrationslager Oranienburg entlassen worden.

### Entlassungen auf dem Heuberg

Wie von württembergischer amtlicher Seite mitgeteilt wird, beherbergt das württembergische Schubhäftlager Heuberg jetzt nur noch 400 Schubhäftlinge. Aus der Erkenntnis heraus, daß

die Masse der Verhafteten ihren falschen Weg eingeleitet hat,

glaubt die Leitung der Politischen Polizei eine großzügige Freilassung verantworten zu können.

### Auf der Front erschossen

Der ehemalige Redakteur des Volksblattes in Detmold und frühere Kreisrat der SPD in München erschossen bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner, jetzt Fechenbach, sollte im Kraftwagen nach einem bayerischen Konzentrationslager gebracht werden. Unterm Wegs unter dem Feindbeschuss eines Flugzeuges. Als er auf mehrmaligen Haltsruf der Begleitmannschaft nicht stehenblieb, feuerte die Begleitung hinter dem stehenden her. Eine Kugel traf Fechenbach tödlich.

### Der Kampf gegen den Kommunismus

Wegen illegaler kommunistischer Betätigung, Beschimpfung der Reichsflagge, wurden in Hamburg fünf Personen festgenommen. Bei einer Aktion gegen die KPD in Preußen verhaftete die Polizei 27 Kommunisten. Auch im Ruhrgebiet, wo die Kommunisten im Geheimen noch immer eine rege Tätigkeit entfalten, gerieten verschiedene Kommunisten durch mehrere Funktionäre, in Haft. Unter zahlreichen Hegemalen konnte bei Böttrop auch eine 7,5-Zentimeter-Granate gefunden werden.

### Aus der Heimat und dem Reich.

Reinberg, den 9. August 1933.

### Wie wird der Herbst?

Nachdem sich der Sommer in diesem Jahre bei uns veriplet eingeleitet hat und aller Voraussicht nach der August noch schönes warmes Wetter bringt, erhebt sich die Frage, wie das Herbstwetter in den Monaten September und Oktober beschaffen sein wird. Für die Ernte hängt ja gerade von dem Septemberwetter noch recht viel ab, weshalb die Meteorologen schon jetzt bemüht sind, ihre Prognosen für diesen Monat zu stellen. Allgemein geht die Ansicht der Wetterkundler dahin, daß die augenblickliche Schönwetterperiode durch eine etwa zweimonatliche Regenperiode abgelöst werden wird. Dabei sollen die Temperaturen jedoch einigermaßen auf dem dieser Jahreszeit entsprechenden Stande halten. Danach wird das zweite Septemberdrittel wieder im wärmenden Sommerfeld erstrahlen und auch das Ende des Septembermonats soll noch durchaus zufriedenstellend ausfallen. Das Jahr 1913, das bezüglich seiner sommerlichen Temperaturen in diesem Jahr häufig als Beispiel angeführt worden ist, zeigte übrigens die gleichen Merkmale: Gegen Ende August und Anfang September trat eine Regenperiode ein, während zwischen dem 12. und 15. September noch Tagesstemperaturen bis zu 23 Grad Celsius zu verzeichnen waren. Vorher vorausgesetzt nach wird der September also in diesem Jahre ganz ähnlich beschaffen sein, was ja bekanntlich nicht ausschließt, daß es der Wettergott dennoch anders will. Zusammenfassend kann nur gesagt werden: Nach den bis jetzt vorliegenden Vorberichten dürfen wir mit einem freundlichen Herbst rechnen!

### Schuh der Ernte

Es genügt nicht, den Anbau der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu fördern, sondern es ist notwendig, auch auf die Erhaltung der Bodenerzeugnisse und auf den Schutz vor manigfaltigen ihnen drohenden Gefahr bedacht zu sein. Eine manigfaltige Gefahr droht den Erntegütern, die alljährlich große Opfer an Bodenerzeugnissen fordert, ist das Feuer. Dieser Gefahr sind besonders die in Schoborn, Diemen, Mieten, Barmen, Schoborn, Sch-

pen und offenen Feldschuppen untergebrachten Erntevorräte ausgesetzt. Durch die Verhütung wird zwar der Schaden des Verfallens zu einem erheblichen Teile ausgeglichen, die Erzeugnisse selbst sind aber der deutschen Volk- und Nährwirtschaft verloren. Der Brandgefahr muß im Interesse der Volkswirtschaft und zur Sicherung der Ernährung vorgebeugt werden. Der Landwirt vermeide nach Möglichkeit die Auffüllung von Schoborn und die Unterbringung der Ernte in Schoberschuppen und offenen Feldschuppen, zum mindesten Sorge er dafür, daß die gefährdende Unterbringung auf freiem Felde so kurz wie möglich bemessen, also möglichst bald nach der Ernte geerntet wird. Bei Auffüllung der Schoborn sei strengste Beachtung der polizeilichen Vorschriften höchste Pflicht. Lebergroße Schoborn und Bildung von Schobordörfern vermeide man ungeachtet etwo dadurch bedingter Unbequemlichkeiten. Kinder und fremde Personen dürfe man nicht in der Nähe von Schoborn beim Ausbruch der Ernte oder dafür, daß die gefährdende Unterbringung haben, in ein einfaches alphabetisches Verzeichnis auf eine einfache Karte aufzunehmen.

— Verhütung hochste Pflicht. Lebergroße Schoborn und Bildung von Schobordörfern vermeide man ungeachtet etwo dadurch bedingter Unbequemlichkeiten. Kinder und fremde Personen dürfe man nicht in der Nähe von Schoborn beim Ausbruch der Ernte oder dafür, daß die gefährdende Unterbringung haben, in ein einfaches alphabetisches Verzeichnis auf eine einfache Karte aufzunehmen.

\* Am Sonntag weiten in Remberg folgende Gäste aus Leipzig: Stadtamtsrat Dr. Uebstorf (Stadt. Verkehramt), Direktor Gogka (Verkehrsbereich), Reichstagsrat Kubisch, Reichsrat Steiner, Max Vink (Nahrungsbereich), Schriftsteller Viehweg und Buchdruckermeister Matthias (Dübener Heide-Verein). Nach der Begrüßung durch Abgeordneten Schäfer wurden beidseitig die Stadträte, Heimatmuseum, Rathaus und Gedenkstätte. In der Kirche hatte Propst Vertram und im Museum Stadtmagister i. R. Strenich die Führung übernommen. Nach einer kurzen Mittagsrast erfolgte die Rückfahrt über Rath-Naudorf und Oppin. Unter Städtchen fand ungetriebener Beifall, bedauert wurde nur, daß Remberg gerade in Leipzig so wenig bekannt sei.

\* Am Sonntag fand in der mit nationalen Flaggen geschmückten Lutherstadt Wittenberg eine Kundgebung des Kampfbundes des gemeinlichen Mittelstandes statt. Es hatten sich dazu auch die Annungen mit insgesamt 12 Tausend eingefunden. Nach dem Umzug durch die Stadt, an dem rund 4000 Personen teilnahmen, versammelten sich die Teilnehmer vor dem Rathaus. Nachdem der Kampfbundsführer Hg. Buchmann alle herzlich willkommen geheißen hatte, ergriff Herr Oberbürgermeister Faber das Wort und führte folgendes aus: Wir in ganz Deutschland, so ist auch hier die Front des gemeinlichen Mittelstandes geschlossen worden. Denn jene Soldaten, die vor nunmehr 19 Jahren ins Feld gezogen waren, kämpften für die Freiheit der Nation und somit auch für jeden einzelnen Berufsmenschen! So wie sich damals ganz Deutschland einig war, so ist auch jetzt wieder die Einheit über dem Volk und auch zwischen den einzelnen Berufsständen geschlossen worden! Die 2 Millionen Soldaten, die im Weltkrieg gefallen sind, und auch die 500 000 Kameraden kämpften für das deutsche Vaterland und nicht für den Klassenkampf! Mit dem Vied vom guten Kameraden wurden die Kämpfer geehrt. Danach ging Oberbürgermeister Faber dazu über, die entsehligen Folgen des Klassenkampfes im Mittelstand zu schildern. Der Egoismus hatte sich breit gemacht und ließ jeden nur für sich leben! Mit dem 30. Januar aber tänat das deutsche Volk wieder an, an seine Ideale zu denken und neue Hoffnungen zu schöpfen. Von dem 5. März an glaubt das deutsche Volk wieder an seine Zukunft und weiß, daß es wieder Arbeit für jeden geben wird. Nach einem 3-fachen Sieg Heil auf unser Vaterland und unseren Volkstanzler das Deutschlandbild gelungen und der Gauleiter des Kampfbundes Hg. Bernhard-Kappel ergriff das Wort. Ausgehend vom Klassenkampf, der nur Kapitalisten, Ausbeuter und Proletariat kenne, kritisierte Hg. Bernhard die Folgen der Revolution und vermittelte in längeren Ausführungen bei dem mittelstandfeindlichen Gebahren des November-Systems! Da der Jude für seine Mächtigkeiten seinen Mittelstand gebrauchen kann, wurden in ganz Deutschland Filialbetriebe eingerichtet, Konzerns, Trusts, Konsumgenossenschaften und Regiebetriebe eingeführt und so der Mittelstand systematisch vernichtet. Wir wollen keine Warenhäuser oder Konsumvereine, wir können sie aber jetzt nicht schließen, da 130 Mill. RM. in den Warenhäusern und 400 Mill. RM. in den Konsumvereinen faden, und außerdem wieder Tausende von Arbeitern und Angestellten arbeitslos werden würden und die cascaldende Steuer wieder dem Mittelstand aufgebürdet werden müßte. Aber der National-Sozialismus und mit ihm der Führer wird dafür sorgen, daß der Mittelstand wieder die Stelle erhält, die er einnehmen berechtigt ist. Vor allem muß die Schwarzarbeit aufhören, denn dadurch werden die Meister und die Gesellen in den Betrieben geschädigt. National-Sozialismus heißt Leistungsprinzip und nicht Gleichmacherei. Volksgemeinschaft und nicht Klassenfeindschaft! Die Rede des Hg. Bernhard wurde öfters von lebhaftem Beifall unterbrochen. Mit einem 3-fachen Sieg Heil auf den Führer und auf Deutschland und dem Wort: Heil- und beschloß er seine interessanten Ausführungen und die Kundgebung wurde vom Kreisbündlerführer Hg. Buchmann geschlossen.

— Verhütung hochste Pflicht. Lebergroße Schoborn und Bildung von Schobordörfern vermeide man ungeachtet etwo dadurch bedingter Unbequemlichkeiten. Kinder und fremde Personen dürfe man nicht in der Nähe von Schoborn beim Ausbruch der Ernte oder dafür, daß die gefährdende Unterbringung haben, in ein einfaches alphabetisches Verzeichnis auf eine einfache Karte aufzunehmen.

— Verhütung hochste Pflicht. Lebergroße Schoborn und Bildung von Schobordörfern vermeide man ungeachtet etwo dadurch bedingter Unbequemlichkeiten. Kinder und fremde Personen dürfe man nicht in der Nähe von Schoborn beim Ausbruch der Ernte oder dafür, daß die gefährdende Unterbringung haben, in ein einfaches alphabetisches Verzeichnis auf eine einfache Karte aufzunehmen.

— Verhütung hochste Pflicht. Lebergroße Schoborn und Bildung von Schobordörfern vermeide man ungeachtet etwo dadurch bedingter Unbequemlichkeiten. Kinder und fremde Personen dürfe man nicht in der Nähe von Schoborn beim Ausbruch der Ernte oder dafür, daß die gefährdende Unterbringung haben, in ein einfaches alphabetisches Verzeichnis auf eine einfache Karte aufzunehmen.

— Verhütung hochste Pflicht. Lebergroße Schoborn und Bildung von Schobordörfern vermeide man ungeachtet etwo dadurch bedingter Unbequemlichkeiten. Kinder und fremde Personen dürfe man nicht in der Nähe von Schoborn beim Ausbruch der Ernte oder dafür, daß die gefährdende Unterbringung haben, in ein einfaches alphabetisches Verzeichnis auf eine einfache Karte aufzunehmen.

— Verhütung hochste Pflicht. Lebergroße Schoborn und Bildung von Schobordörfern vermeide man ungeachtet etwo dadurch bedingter Unbequemlichkeiten. Kinder und fremde Personen dürfe man nicht in der Nähe von Schoborn beim Ausbruch der Ernte oder dafür, daß die gefährdende Unterbringung haben, in ein einfaches alphabetisches Verzeichnis auf eine einfache Karte aufzunehmen.

— Verhütung hochste Pflicht. Lebergroße Schoborn und Bildung von Schobordörfern vermeide man ungeachtet etwo dadurch bedingter Unbequemlichkeiten. Kinder und fremde Personen dürfe man nicht in der Nähe von Schoborn beim Ausbruch der Ernte oder dafür, daß die gefährdende Unterbringung haben, in ein einfaches alphabetisches Verzeichnis auf eine einfache Karte aufzunehmen.

— Verhütung hochste Pflicht. Lebergroße Schoborn und Bildung von Schobordörfern vermeide man ungeachtet etwo dadurch bedingter Unbequemlichkeiten. Kinder und fremde Personen dürfe man nicht in der Nähe von Schoborn beim Ausbruch der Ernte oder dafür, daß die gefährdende Unterbringung haben, in ein einfaches alphabetisches Verzeichnis auf eine einfache Karte aufzunehmen.

— Verhütung hochste Pflicht. Lebergroße Schoborn und Bildung von Schobordörfern vermeide man ungeachtet etwo dadurch bedingter Unbequemlichkeiten. Kinder und fremde Personen dürfe man nicht in der Nähe von Schoborn beim Ausbruch der Ernte oder dafür, daß die gefährdende Unterbringung haben, in ein einfaches alphabetisches Verzeichnis auf eine einfache Karte aufzunehmen.

— Verhütung hochste Pflicht. Lebergroße Schoborn und Bildung von Schobordörfern vermeide man ungeachtet etwo dadurch bedingter Unbequemlichkeiten. Kinder und fremde Personen dürfe man nicht in der Nähe von Schoborn beim Ausbruch der Ernte oder dafür, daß die gefährdende Unterbringung haben, in ein einfaches alphabetisches Verzeichnis auf eine einfache Karte aufzunehmen.

— Verhütung hochste Pflicht. Lebergroße Schoborn und Bildung von Schobordörfern vermeide man ungeachtet etwo dadurch bedingter Unbequemlichkeiten. Kinder und fremde Personen dürfe man nicht in der Nähe von Schoborn beim Ausbruch der Ernte oder dafür, daß die gefährdende Unterbringung haben, in ein einfaches alphabetisches Verzeichnis auf eine einfache Karte aufzunehmen.

Appenrodt, des Zimmermeisters Echtermeier und des Landwirts Henhold bis auf die Grundmauern nieder. Ein solches Vieh konnte getreitet werden, während ein Teil der Ernte und landwirtschaftliche Maschinen verbrannten.

Zwei Schüler in der Elbe ertranken.

Wagen. Hier erkrankt in der Elbe der 13jährige Sohn des Hauptlehrers Otto Blumeler und der zwölfjährige Sohn des Zimmermanns Hermann Blumeler. Die beiden sind wahrscheinlich beim Baden in einen Strudel geraten, die an der Unglücksstelle sehr häufig auftreten. Die Leichen wurden noch nicht geborgen.

### Arbeit bei der Reichshahn.

Witterfeld. Umfangreiche Gleisvermearungsarbeiten werden zur Zeit auf der Eisenbahnstrecke Witterfeld durchgeführt, und zwar nimmt man hier den Einbau der neuen 30-Meter-Schienen vor. Bei diesen Arbeiten haben wiederum eine ganze Anzahl erwerbsloser deutscher Volksgenossen Arbeit und Brot gefunden.

Rebhühner verursachen einen Kraftwagenunfall.

Landberg b. Halle. Auf der Fahrt von Halle nach Witterfeld stieg bei Hohenhummern ein Kraftwagen ein Volk Rebhühner durch die Schußlöcher und zertrümmerte sie. Durch die Glas splitter wurde der Kraftwagenführer am Hals und im Gesicht erheblich verletzt. Zum Glück konnte er noch im letzten Augenblick verhindern, daß sein Wagen durch den unvorhergesehenen Zwischenfall gegen einen Baum fuhr. Zwei der vorwärtigen Rebhühner mußten allerdings ihre Unvorsichtigkeit mit dem Leben bezahlen. Ob sie dem Verletzten als ausreichendes Schmerzensgeld genügt haben, war leider nicht festzustellen.

Schmidt. In der Nähe von Pöschchen a. verlor ein Heiler Altonius die Gewalt über sein Motorrad und fuhr mit voller Gewalt gegen die Mauer eines Gasthofes. Fahrer und Beifahrer wurden sehr verletzt und mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Der Motorrad befand sich auf der Probefahrt und besaß keinen Führerschein.

### Stimpfe wurden Ackerland.

Leuna. Die im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes feierzeit in Angriff genommenen Meliorationen werden jetzt zu Ende geführt. In der Saupfläze wurden große Stimpfflächen beseitigt; etwa 25 Morgen unfruchtbaren Landes verschwand und 18 Morgen landwirtschaftlich verwertbare Flächen wurden gewonnen. Außerdem hat man noch einen großen Teich angelegt, den man zur Fischzucht verwenden will.

### Der Bautechniker mit dem „Radiumbecher“.

Weißenfels. Ein früherer Bautechniker aus Leipzig stand jetzt im Berufsverfahren vor der Kleinen Strafkammer Weißenfels, um sich wegen Betruges zu verantworten. Der Angeklagte hatte in Verammlungen über „Radiumbecher“ gesprochen und dabei sogenannte Radiumbecher angeboten. Die hiermit unternommenen Trinkkuren sollten — wie der Angeklagte in seinen Verammlungen behauptete — alle nur möglichen Krankheiten heilen. Als einziger positiver Erfolg war allerdings nur zu verzeichnen, daß es dem Bautechniker gelungen war, Anzahlungen von 5 bis 28 Mark (!) zu erhalten, eine Lieferung der Radiumbecher erfolgte aber nicht. Der Angeklagte begründete diesen „Lieferungsverzögerung“ damit, daß er hieran durch die Inhaftnahme verhindert wurde. Seine Berufung gegen das erstinstanzliche Urteil wurde verworfen. Ammal er auch keinen Genuß gehabt hatte, außerdem wurden ihm noch die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Roßbach (Kr. Weißenfels). Beim Baden ertrank ein Schafhändler der Wachsenburg der Arbeitsdienstliche Arbeiter. Er hat wahrscheinlich einen Schlag erlitten, da er, ohne um Hilfe zu rufen, im Wasser unterging.

— Verhütung hochste Pflicht. Lebergroße Schoborn und Bildung von Schobordörfern vermeide man ungeachtet etwo dadurch bedingter Unbequemlichkeiten. Kinder und fremde Personen dürfe man nicht in der Nähe von Schoborn beim Ausbruch der Ernte oder dafür, daß die gefährdende Unterbringung haben, in ein einfaches alphabetisches Verzeichnis auf eine einfache Karte aufzunehmen.

— Verhütung hochste Pflicht. Lebergroße Schoborn und Bildung von Schobordörfern vermeide man ungeachtet etwo dadurch bedingter Unbequemlichkeiten. Kinder und fremde Personen dürfe man nicht in der Nähe von Schoborn beim Ausbruch der Ernte oder dafür, daß die gefährdende Unterbringung haben, in ein einfaches alphabetisches Verzeichnis auf eine einfache Karte aufzunehmen.

— Verhütung hochste Pflicht. Lebergroße Schoborn und Bildung von Schobordörfern vermeide man ungeachtet etwo dadurch bedingter Unbequemlichkeiten. Kinder und fremde Personen dürfe man nicht in der Nähe von Schoborn beim Ausbruch der Ernte oder dafür, daß die gefährdende Unterbringung haben, in ein einfaches alphabetisches Verzeichnis auf eine einfache Karte aufzunehmen.

— Verhütung hochste Pflicht. Lebergroße Schoborn und Bildung von Schobordörfern vermeide man ungeachtet etwo dadurch bedingter Unbequemlichkeiten. Kinder und fremde Personen dürfe man nicht in der Nähe von Schoborn beim Ausbruch der Ernte oder dafür, daß die gefährdende Unterbringung haben, in ein einfaches alphabetisches Verzeichnis auf eine einfache Karte aufzunehmen.

— Verhütung hochste Pflicht. Lebergroße Schoborn und Bildung von Schobordörfern vermeide man ungeachtet etwo dadurch bedingter Unbequemlichkeiten. Kinder und fremde Personen dürfe man nicht in der Nähe von Schoborn beim Ausbruch der Ernte oder dafür, daß die gefährdende Unterbringung haben, in ein einfaches alphabetisches Verzeichnis auf eine einfache Karte aufzunehmen.

— Verhütung hochste Pflicht. Lebergroße Schoborn und Bildung von Schobordörfern vermeide man ungeachtet etwo dadurch bedingter Unbequemlichkeiten. Kinder und fremde Personen dürfe man nicht in der Nähe von Schoborn beim Ausbruch der Ernte oder dafür, daß die gefährdende Unterbringung haben, in ein einfaches alphabetisches Verzeichnis auf eine einfache Karte aufzunehmen.

— Verhütung hochste Pflicht. Lebergroße Schoborn und Bildung von Schobordörfern vermeide man ungeachtet etwo dadurch bedingter Unbequemlichkeiten. Kinder und fremde Personen dürfe man nicht in der Nähe von Schoborn beim Ausbruch der Ernte oder dafür, daß die gefährdende Unterbringung haben, in ein einfaches alphabetisches Verzeichnis auf eine einfache Karte aufzunehmen.

— Verhütung hochste Pflicht. Lebergroße Schoborn und Bildung von Schobordörfern vermeide man ungeachtet etwo dadurch bedingter Unbequemlichkeiten. Kinder und fremde Personen dürfe man nicht in der Nähe von Schoborn beim Ausbruch der Ernte oder dafür, daß die gefährdende Unterbringung haben, in ein einfaches alphabetisches Verzeichnis auf eine einfache Karte aufzunehmen.

— Verhütung hochste Pflicht. Lebergroße Schoborn und Bildung von Schobordörfern vermeide man ungeachtet etwo dadurch bedingter Unbequemlichkeiten. Kinder und fremde Personen dürfe man nicht in der Nähe von Schoborn beim Ausbruch der Ernte oder dafür, daß die gefährdende Unterbringung haben, in ein einfaches alphabetisches Verzeichnis auf eine einfache Karte aufzunehmen.

— Verhütung hochste Pflicht. Lebergroße Schoborn und Bildung von Schobordörfern vermeide man ungeachtet etwo dadurch bedingter Unbequemlichkeiten. Kinder und fremde Personen dürfe man nicht in der Nähe von Schoborn beim Ausbruch der Ernte oder dafür, daß die gefährdende Unterbringung haben, in ein einfaches alphabetisches Verzeichnis auf eine einfache Karte aufzunehmen.

Table with 2 columns: Gewinnsauszug, 5. Klasse 41. Preussisch-Eiddische Staats-Verkehr. Includes a list of numbers and names under various headings like 'Ohne Gewähr', 'Auf jede Gewinne Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne', and 'An der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen'.





**Er konnte nicht schwimmen.**

**Naumburg.** In der Rospacher Eisenbahnbrücke war der neunjährige Sohn des Klempners Luft in die Saale gesprungen, obwohl er nicht schwimmen konnte. Da andere Kinder in der Nähe waren ebenfalls in Gefahr, doch wurden sie rechtzeitig von zwei Männern gerettet.

**Vom Blitz erschlagen.**

**Bräunrode (Mansf., Gebirg).** Der Blitz schlug bei dem schweren Gewitter vom Montagabend in ein Gespinn des Landwirts Otto Schumann ein, das sich auf dem Felde befand. Der mit Getreide beladene Erntewagen brante sofort lichterloh. Der 29jährige Arbeitsbursche Karl Franke aus Altenrode wurde vom Blitz erschlagen, außerdem tötete der Blitz auch noch das eine Pferd.

**Mißerleben.** In der St. Margarethenkirche wurde ein Krustitz gefunden, das unter den Dienen der Kirche versteckt war. Das Krustitz ist eine Schiffschere im altgotischen Stil und ist im Jahre 1672 von Anna Regina Wahlen und Marie Arends gestiftet worden. Es war früher am Turmeingang aufgestellt und stand in dem Hof, das sein Unbild Kranke heilte. Neben dem Krustitz wurde auch ein sehrschöner silberner Kelch gefunden, der nach Zusammenlegung wieder benutzt werden soll.

**Die Mitzuren des Kurpfuscher.**

**Schneidlingen (Kr. Duedlinburg).** Die Landjäger nahen bei einem hiesigen Kurpfuscher, über den seit langer Zeit Bescheid laut geworden waren, eine plötzliche Hausdurchsuchung vor. Hierbei wurden etwa 170 Flaschen der verschiedensten Mitzuren vorgefunden und beschlagnahmt.

**Nur noch wenig Arbeitslose.**

**Hersberg.** Im gesamten Gebiet des Kreises Schwenitz konnte die Zahl der Arbeitslosen, und zwar in der Zeit vom Februar d. J. bis jetzt, um 75 Prozent gesenkt werden. Von den 110 Landgemeinden sind 80 frei von Arbeitslosen. Die Zahl der Arbeitslosen in den restlichen 30 Landgemeinden beträgt insgesamt 101. Auch in den Städten ist die Zahl der Arbeitslosen stark gesunken.

**Zuchthaus wegen Falchmünzerei.**

**Torgau.** Vor der 3. Ferienkammer des Torgauer Landgerichts hatte sich ein Eisenburger Arbeiter wegen verübten Münzverbrechens zu verantworten. Er hatte Metallplatten in Form von Zehnpennistücken hergestellt und Zweipennistücken durch ein Verzierungsverfahren das Gewicht von Zehnpennistücken gegeben. Die so zugerichteten Stücke benutzte er zum Spielen an Geldspielautomaten. Das Gericht verurteilte ihn zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus.

**Das Deltischer Abwässerprojekt perfekt.**

**Deltisch.** Die Verhandlungen über die Zulassung eines Teiles der Leipziger Abwässer in den Bezirk Deltisch sind zum Abschluß gelangt. Die Stadt Leipzig stellt nach diesem Verträge durch eine von ihr zu vergebende Druckrohrleitung täglich etwa 60.000 Abwässer der Deltischer Wasserwerkungs-Gesellschaft zur Verfügung. In den Sommermonaten können der Genossenschaft täglich bis zu 80.000 Kubimeter Wasser zugelassen werden. Mit den Arbeiten, die einen bedeutenden Bestandteil des hiesigen Arbeitsbeschaffungsprogramms bilden, wird bald begonnen werden.

**Ein Horst-Wessel-Stein in Ammendorf.**

**Ammendorf.** Aus Anlaß der Weiße eines Horst-Wes-

sel-Denkmal hielt die NSDAP hier eine große Kundgebung ab. Das Denkmal erhebt sich auf dem Horst-Wessel-Blas inmitten einer gärtnerischen Anlage vor dem Rathaus und besteht aus einem schlichten Findling.

**Zeit.** In Schuchardt genommen wurde der Oberarzt des Städtischen Krankenhauses, Dr. Lange. Außerdem ist die Einrichtung eines Disziplinerverfahrens beantragt worden.

**Gommern (Kr. Jerichow).** Feuer vernichtete ein großes Stallgebäude mit Getreide-, Heu- und Futtermitteln auf dem Anwesen der Witwe Döring. Weiter wurden auch landwirtschaftliche Maschinen Opfer des Brandes. Zum Glück konnte das Vieh gerettet werden, wenn auch einige Schweine bereits erhebliche Brandwunden erlitten hatten. Die Entstehungsurache des Feuers, durch das auch die angrenzenden Gebäude in große Gefahr gerieten, ist noch nicht aufgeklärt. Möglicherweise ist der Brand, der beträchtlichen Schaden verursachte, durch Selbstentzündung entstanden.

**Gendorf (Kr. Wolmirstedt).** Mit kochendem Wasser verbrannte sich das zehnjährige Stöckchen eines hiesigen Gefährlichen und verletzte sich so schwer, daß es im Krankenhaus zu Verbleib verstarb.

**Altenleben (Kr. Neuhaldensleben).** Mit Streichholzern spielten im Abwesenheit der Eltern die zwei Kinder des Schneiders Müller. Plötzlich fing ein Bettchen Feuer und leuchtete auch die ganze Einrichtung in Brand. Da die Nachbarn durch die starke Rauchentwicklung auf den Brand aufmerksam wurden, konnten die beiden Kinder gerettet und somit ein furchtbares Unheil verhindert werden.

**Weitere 41 Kommunisten festgenommen**

**Burg b. Magdeburg.** Hier wurden im Zusammenhang mit der vor einigen Tagen im Kreise Stendal von der Politischen Polizei entdeckten Neuorganisation der KPD weitere 41 Kommunisten festgenommen. Außerdem wurden beschlagnahmt: 1 Maschinenschloß, 4 über Gewehre, 3 Armespistolen, 11 Ohrenschuttpatronen, 10 Sprengpatronen und 350 Schuß Munition.

**„Witterfeld XI“ auf Nachfahrt.**

**Magdeburg.** In einer Nachfahrt flieg der Ballon „D Witterfeld XI“ mit vier Passagieren auf Vorh mit unter Führung von Zrl. Diehl-Witterfeld und nahm bei Witterfeld (Kr. Stendal) eine Zwischenlandung vor. Nach zweifelhafter Baue stieg der Ballon zur zweiten Nachfahrt auf und landete dann auf einer Wiese bei Allmigsbaaen in Bommern.

**Ein erfreuliches Bild vom Wiederaufstieg der heimischen Wirtschaft.**

In 12 Monaten über 1 Million Reichsmark Sparendarlehensanwachs und rund 2500 neue Sparere bei der Sparkassette des Landkreises Wittenberg.

Angelehnt der tiefgreifenden Auswirkungen der Vertrauenskrise von 1931 hatte man wohl kaum gehofft, in dieser kurzen Zeit den Wiederaufbau des Spartkapitals mit einem so schätzbaren Erfolge durchzuführen zu sehen. Andererseits fiel in diese Zeitpunkte die Überwindung des alten Parteinativates mit seiner das Vertrauen des ehtlichen Sparsers leider nur zu oft enttäuschenden Wert und es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn der Sturz des früheren Systems durch den Nationalsozialismus von der breiten Masse unersichtlich begrüßt und herbeigeseht wurde nicht nur mit einem Aufatmen der Gleichgültigkeit begriffen wurde, sondern auch in der freudigen Wiederaufnahme der Sparspartigkeit einen Widerhall fand, dem die oben genannten Ziffern so bezeichnend Ausdruck geben.

Mit kurzen Worten gekennzeichnet: Der deutsche Sparere hat infolge der im letzten Jahre eingetretenen Wundlung der Politik ein Bild der Nationen zugewandt das den Weg zur Staatsführung zurückgewonnen und ist, seiner ganzen stilligen Einstellung gemäß, freudigen Herzens mit aufgefunden, um an seinem Teile mitzuwirken an Wiederaufstieg der Nation, am Wiederaufbau unserer deutschen Volkswirtschaft.

Denn die Einheit der Grundbesitzer gelangt für die Befreiung unseres Volkes von den Fesseln des Fremdkapitals durch die eigene Sparskraft und den ehtlichen Sparwillen, die dazu in der Lage sind. Nun heißt es, den Erfolg weiterzutragen und in nationalsozialistischen Geiste auszubauen. Jeder Grundbesitzer in der Sparspartette ist ein Bauherr am Wege zur Stärkung unserer heimischen Wirtschaft und zur Verbesserung und Befreiung der Kreditbedingungen, wie uns ja die kürzlich mitgeteilte Zinsermäßigung für die Ausleihungen der Sparkassette deutlich beweist. Das kommt weiter durch den Ausdruck, daß der Vorstand der Sparkassette in diesen Tagen beschloß hat, die Sparkassette nunmehr wieder in größterem Ausmaße durch Gewährung von neuen Krediten zu günstigen Bedingungen zu unterstützen. Wenn auch der zunächst hierfür in Aussicht genommene Betrag nicht ausreichen wird, um allen 3. St. vorkommenden Sparkassetten zur sofortigen Durchführung zu versehen, so wird er doch gestatten, dem Besondere in unserem Kreise in der kommenden Zeit eine fröhliche Ketteung und einen geliebten Rücksicht zu bieten und dadurch nicht unbedeutend zur Milderung der Arbeitslosigkeit beitragen. Je mehr die Spargelder wachsen, desto besser die Auswirkung der Erfolg. Die Mitglieder der nationalen Regierung auf eine Neugestaltung der Zukunft unseres Volkes auf's Beste zu unterstützen und der heimischen Bevölkerung in bewährter Weise weiter zu dienen, getreu dem Grundbesatz, der von jeder das Wahren der heimischen Sparspartette anstrebt und dem Gedächtnis an Adolf Hitler auch für die Zukunft unseres Volkes wieder zum Siege verholten hat: „Gemeinnut für die Gegenwart.“

**Wurzelerwicklung und Ertragsfähigkeit.**

Eine wichtige Voraussetzung für sichere Ertragsleistungen unserer Kulturpflanzen ist ein gut ausgebildetes Wurzelsystem. Deshalb will man ein dauerhaftes Haus nur auf einem festen Fundament errichten kann, gelangt auch eine Pflanze nur dann zu Höchstleistungen wenn ihre Wurzeln das Schätzmag der Entwicklung erreicht haben. Der Wursel jeder Pflanze fallen zwei Aufgaben zu, eine mechanische, die darin besteht, der Pflanze bei Sturm und Regen festen Sall zu geben, dann eine organische: die Wursel dient zur Aufnahme von Wasser und Nährstoffen. Je stärker und tiefergehend das Wurzelsystem ist, umso mehr kann es naturgemäß diese Aufgaben erfüllen. Das ist besonders wichtig in regenarmen Jahreszeiten, wie wir sie z. B. in diesem Frühjahr erleben. Hier muß die Pflanze durch ein tiefergehendes Wurzelsystem nach auch die letzten Nährstoffreserven für die Pflanze nutzbar machen. Verträge der Fortschrittsentwicklung für Bodenunde und Pflanzenernährung in Wellen bei Dombung haben ergeben, daß die Wurzelerwicklung durch reichliche Feuchtigkeit nur eine um ein Vielfaches größere Wurzelmasse, sondern auch eine längere Wursel erreicht, ein aussehender Gesichtspunkt, denn die Pflanze kann jetzt ihren Wasserbedarf aus größeren Tiefen schöpfen und in Zeiten von Trockenperioden die tieferliegenden Wasser- und Nährstoffmengen ausnutzen. Grundlegend ist daher zu sagen, daß das Streben nach guten Ertragsleistungen unserer Kulturpflanzen nur über günstige Voraussetzungen für die Entwicklung eines vollkommenen Wurzelsystems kann. In der Praxis hat man sich vielfach daran gehalten, beim Verlags der Düngervermittlung nur das Wachstum der oberirdischen Pflanzenteile zu beobachten. Dadurch wird ihr auch z. B. die Beschaffenheit des Bodensystems des Rückstoffs Kalk gegen Wasserwinters Kalk, Lösser und Grundwasser, welche schließlich zu höheren Erträgen und besserem Pflanzenerwerb führen, geläufiger als der Einfluß, den eine reichliche und reichliche Kalkbindung (2-3 bis über Kalk in Schicht) auf die gesamte Wurzelerwicklung hat. Es ist nach Menge und Lage des Kalkes in den Stand fest, Trockenzeiten durch bessere Ausnutzung der Wasserreserven im Untergrund ohne wesentlichen Schaden zu überleben.

**Niemitzer Hüfnerschaft**

Die Interessenten werden zur **Versammlung** am **Freitag, den 11. August, abends halb 9 Uhr** im **Bachmann'schen Lokale** eingeladen. Vorstandsmahl betr. **H. Höfne, Markenträger**

Wir laden die Mitglieder zum **Sonntag, den 12. August, abends 8 1/2 Uhr** zu einer

**außerordentlichen Versammlung** bei Ernst Bachmann zwecks **Gleichhaltung** höchlichst ein. **Spar- und Darlehnskasse**

**Hallo!** Seht sind sie wieder da, die prima wirklich frischen **Fettbündlinge** Früh 8 Uhr aus dem Rauch, am 12 Uhr schon hier zum Verkauf bei **Otto Quing, Auenstraße 15**

**Rnieling (Spörgel)** beste Ausaat, liefert preiswert **Arthur Weber, Kolonialwaren Reuden**

**Speisekartoffeln** verkauft **A. Weihenborn, Leipzigerstr. 46a**

**Wohnung** zum 1. September zu vermieten **Ernst Böhm, Wittenbergerstr. 44**

**Möbliertes Zimmer** von Dauermieter gesucht. Anfristen mit Preisangabe an die Geschäftsstelle d. Ztg.



**Sonntag, den 13. August**

**Heidefest**

in **Sehnh-Neuhdorf**. Teilnehmer fahren mit der Bahn bis Muldenstein, von dort Fußwanderung. Abfahrt 7:30 mit Anders-Auto nach Bergwitz. Recht zahlreiche Beteiligung erbitet

**Der Vorstand Kleinkaliber** Morgen Donnerstag, den 10. August, abends 1/9 Uhr im Schützenhaus

**Bersammlung** Der Vorstand

**Schützengilde** Kameraden, welche am Sonntag noch mit nach **Dranienbaum** fahren möchten, wollen sich bis Donnerstagsabend beim Hauptmann melden.

N S D A P

# Geld Lotterie

FÜR ARBEITSBESCHAFFUNG  
2 8 3 0 5 8 GEWINNE U. 2 PRAMIEN  
RM

1500 000  
200 000  
100 000  
150 000  
75 000

LOS-Preis 1 Reichsmark

Lose sind erhältlich bei **Richard Arnold, Kemberg, Leipziger Straße und Markt**

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Rembera — Fernsprecher Nr. 203



# Remberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Remberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Remberg 1,25 M., in den Sandorten 1,50 M., durch die Post 1,85 M. Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörungen Streik usw. erschießt jeder Anpruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5gepaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gepaltene Reklamazeile 40 Pfg., Ausnahmestellen 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Diebergabe unentgeltlich geschilderter oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird besonderer Tarif vereinbart. — Beilagengebühr: 10.— M. Das Zustell-, auswärts Postgebühr. — Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Remberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 93

Donnerstag, den 10. August 1933

35. Jahrg.

## Die Auszahlung der Quartiergehälter

erfolgt am **Donnerstag, den 10. August, vormittags** gegen Vorlage der Quartierzettel in unserer Kammerschatz.

Remberg, den 9. August 1933.  
Der Magistrat.

Donnerstag, den 17. August

## Schweinemarkt

in Remberg.  
Der Auktionsbeginn früh 7 Uhr.  
Remberg, den 9. August 1933.  
Der Magistrat

## Keine deutsche Vertragsverlegung

Zurückweisung englisch-französischer Vorstellungen.  
Berlin, 8. August.

Der französische Botschafter hat heute vormittag im Auswärtigen Amt unter Bezugnahme auf den Viermächtepakt zur Sprache gebracht, daß nach Auffassung der französischen Regierung die deutsche Propaganda mit Bezug auf Österreich in gewissen, in der letzten Zeit vorgekommenen Fällen mit den bestehenden vertraglichen Bindungen nicht vereinbar sei.

Dem Botschafter wurde erwidert, daß der Reichsregierung eine Anwendung des Viermächtepaktes in dieser Form nicht angebracht erscheine, daß auf deutscher Seite Vertragsverletzungen irgendwelcher Art nicht vorlägen und daß Deutschland daher seine Einmischung in die deutsch-österreichische Auseinandersetzung nicht für zulässig halte.

Der englische Geschäftsträger, der nachmittags in der gleichen Angelegenheit vor sprach, erhielt denselben Bescheid.

Mit dem abtönenden Bescheid der Reichsregierung dürfte nunmehr die Angelegenheit erledigt sein. Die ganze Aktion ist übrigens eigentlich erst in Gang gebracht worden durch Stimmen der ausländischen Presse, die — im diplomatischen Gebrauch völlig ungenügend — die formelle Protestation vorher groß ankündigte! Eine französische Zeitung hat es sogar festbekommen, den von ihr angeforderten Schritt zu vergleichen mit dem Veto, das die englische Regierung im Jahre 1895 gegen die Festlegung des belgischen Chrones durch ein Mitglied des bourbonischen Hauses einlegte. Der angeforderte Schritt wurde jedoch immer weiter hinausgeschoben, weil die Mächte unter sich nicht einig waren.

Es ist bezeichnend, daß der italienische Botschafter heute im Auswärtigen Amt nicht erschienen ist. Die fremden Regierungen sind zu ihrem Schicksal, der nicht einmal gemeinsam erfolgte, erst durch die Pressestimmen gedrungen worden.

Man wird sich fragen, wozu die ganze Aktion überhaupt noch dienen sollte. Der wahre Grund dürfte nicht der sein, daß etwa die Unabhängigkeit eines dritten Staates bedroht oder angefaßt sei, sondern er ist wohl darin zu suchen, daß mit diesem Schritt die österreichische Regierung in den Augen der Weltöffentlichkeit, besonders aber der österreichischen Bevölkerung, gelächelt werden soll.

Ob dieser Zweck mit dem Schritt tatsächlich erreicht ist kann mit Zug und Recht stark bezweifelt werden.

Bei dieser Gelegenheit wäre noch einmal zu betonen, daß der Viermächtepakt keine geeignete Plattform für einen beratenden Schritt bildet. Er soll nicht dazu dienen, die Einseitigkeit eines Partners mit einer fünften Macht in Ordnung zu bringen, sondern zur Befriedigung der Welt dienen und zwar in freundschaftlicher Form.

Zu Anklagen jedenfalls eines der vier Partner gibt der Viermächtepakt keine Handhabe.

## Der englisch-französische Schritt

Berliner Pressestimmen.

Die Berliner Blätter nehmen fast alle zu dem englisch-französischen Schritt in der österreichischen Angelegenheit Stellung. — Uebereinstimmend weisen die Zeitungen darauf hin, daß die erfolgten Demarchen der Botschafter Großbritanniens und Frankreichs eine erhebliche Einschränkung der ursprünglich in der Presse der beiden Länder angekündigten Aktion gemessen sind und daß weiter die Aufgabe der Nichtbeteiligung Italiens besondere Beachtung verdient.

Der „Börsliche Beobachter“

nimmt die Angelegenheit, die sachlich völlig unheilbar ist, mit dem abtönenden Antwort Deutschlands erledigt und legt weiter: Die innere Friedkraft zu diesen Vorgehen dürfte wohl in Paris zu suchen sein. Der Grund ist nachfolgend: der österreichischen Regierung sollte eine gewisse Sympathie genährt werden. Es liegt auf der Hand, daß dabei gewisse französische Interessen auszu-

gehend gemessen sind, da, wie bekannt, französische Gruppen an dem gegenwärtigen Regime in Österreich stark interessiert sind. Zufällig ist der Viermächtepakt nicht ein Vertrag, durch den Angelegenheiten einer fünften Macht, die nicht zu den vier Großmächten gehört, erledigt werden sollen. Der Viermächtepakt schreibt auch weiter vor, daß die Angelegenheiten der vier Mächte in freundschaftlicher Form zur Sprache gebracht werden sollen, er ist also nicht dafür gedacht, daß Anklagen gegen eine andere Macht erhoben werden. Alles in allem genommen: der gemeinsame Schritt Englands und Frankreichs ist sachlich nicht zu verteidigen und wäre besser unterblieben. Damit dürfte der Fragenkomplex erledigt sein.

„Die „Börsliche Zeitung“

führt aus: Wenn die Antiklimaxen der ausländischen Presse davon sprechen, daß gegen die deutsche Regierung Anklagen wegen der Beteiligung irgendwelcher Anordnungen gerichtet werden sollten, so haben offenbar die zuständigen Stellen in Paris und London inzwischen erkannt, daß solche Anklagen nicht möglich sind Gerade deshalb hat aber auch die Antwort auf den französischen und auf den anschließenden englischen Schritt so ausfallen können wie sie in der amtlichen Mitteilung angegeben ist, mit dem Hinweis darauf, daß der Viermächtepakt für Aktionen solcher Art nicht die geeignete Handhabe bietet.

Die „Arcus-Zeitung“

betont, daß diese merkwürdige Aktion, deren Vorzeichen schon seit Tagen durch die französische Presse geliefert, ein seltsames und wenig rühmliches Ende mit ihrer vollen Zurückweisung durch die Reichsregierung gefunden hat. Sie war auch nicht gerade glücklich angelegt, wenn man sie nicht gar als eine ausgesprochen Donquixottische bezeichnen will. Es ist schon eine recht eigentümliche Auslegung des Viermächtepaktes, der zur Sicherung des Friedens geschlossen wurde, wenn man ihn bei seiner ersten Anwendung benutzen will, um gegen einen der Vertragspartner Vorwürfe zu erheben, und gar in einer Sache, die seine Beziehungen zu einem an diesem Vertrage nicht beteiligten fünften Staate betrift.

## Auslands-Echo

Paris: Eine wenig freundschaftliche Antwort.

Die Pariser Morgenpresse spricht von einer „wenig freundschaftlichen Antwort auf eine freundschaftliche Demarche“. Die meisten Blätter nehmen sich nicht die Mühe, auf die deutschen Argumente einzugehen und vor allem eine Antwort zu geben, wie es denn mit der unzulässigen Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten fiele, die sich beispielsweise der Straßburger Sender Abend für Abend erlaubt. Daß die Berufung auf den Viermächtepakt in jeder Beziehung ein Mißgriff war, geben verschiedene Blätter unumwunden zu.

London: Deutsche Herausforderung.

Ueber die Antwort der deutschen Regierung auf den Schritt der diplomatischen Vertreter Frankreichs und Großbritanniens gehen die Ansichten der Londoner Presse über die Haltung der Reichsregierung auseinander. Einige Blätter glauben an einer „Herausforderung“ sprechen zu sollen, die im Gegensatz zu der vor 3 Monaten gehaltenen Rede des Reichsstaatskanzlers steht. Andere sind der Meinung, daß der Ton der deutschen Antwort nicht tragisch genommen zu werden braucht, und glauben, daß die deutsche Regierung bereit sei, den Propagandastreit einseitig zu tun und auch



Der Widerruf führt zum Verlust jeder deutschen Staatsangehörigkeit.

Der Betroffene wird nicht haftenlos, wenn er nicht noch die Zugehörigkeit zu einem fremden Staat besitzt. Eine rückwirkende Kraft hat der Widerruf nicht. Er wird erst wirksam mit der Zustimmung der Widerrufsverfügung.

Im Gegensatz zum Widerruf der Einbürgerungen ist für die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit eine Befristung nicht vorgezogen.

Das Gesetz legt damit die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk als eine allgemeine staatsbürgerliche Pflicht ausdrücklich fest. Es bringt damit in einem entscheidenden Punkte den fittlichen Gehalt des Begriffs Reichsangehörigkeit klar zum Ausdruck, und es darf erwartet werden, daß das neue Reichsangehörigkeitsgesetz diese Linie weiterverfolgen wird.

## Eingliederung in die Arbeitsfront

Auflösung des Kampfbundes für den Mittelstand.

Berlin, 9. August.

Der Stabsleiter der PD, der NSDAP, Dr. Ren, erläßt mit Einverständnis des Führers, wie der „Angriff“ meldet, folgende Anordnung:

1. Der am 15. Dezember 1932 durch Anordnung des Führers ins Leben gerufene Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes hat mit der Amtsübernahme durch einen nationalsozialistischen Reichsarbeitsführer seine Kampfaufgabe in der bisherigen organisatorischen Form erfüllt.

Da die neuen Aufgaben in der Gestaltung des deutschen Menschen zur nationalsozialistischen Weltanschauung, zu nationalsozialistischen Wirtschaftsentwicklungen und zur gegenseitigen Selbsthilfe über Heranbildung des Führernachwuchses für Handel, Handwerk und Gewerbe in der Deutschen Arbeitsfront bestehen werden, wird der bisherige Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes in die nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation (Hago) eingegliedert und der Gesamtverband des Deutschen Handwerks, Handels und Gewerbes in der Deutschen Arbeitsfront andererseits auseinander gelöst.

2. Beide Organisationen stehen unter der Führung von Dr. von Renteln, der alle weiteren für die Umorganisation notwendigen Ausführungsanordnungen erläßt. 3. Die nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation (Hago) ist ebenso wie die NSDAP der Obersten Leitung der PD unterstellt und ist dieser in bezug auf das Verhältnis zur politischen Organisation der NSDAP, sowie in bezug auf den Schriftverkehr und das Stellenwesen gleichgestellt.

4. Für die nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation (Hago) tritt sofortige Aufnahme in Kraft.

Alle seit dem 1. Mai 1933 in den Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes eingetretenen Mitglieder und alle Neuaufnahmen sind bis auf weiteres dem Gesamtverband des Deutschen Handwerks, Handels und Gewerbes in der Deutschen Arbeitsfront zugewiesen, der entsprechend den Gruppen Unternehmer, Angestellte und Arbeiter als Bestandteil der Deutschen Arbeitsfront der Gesamtorganisation der deutschen Handwerker, Kaufleute und Gewerbetreibenden und mir untersteht.

## Beschleunigung der Dienststrafverfahren

Ein Erlass des preussischen Kultusministers.

In einem Erlass an die Regierungen- und Oberpräsidenten weist der preussische Kultusminister darauf hin, daß im Staatsinteresse eine schnelle Durchführung der Dienststrafverfahren erforderlich ist.

Mit Bestimmtheit habe er feststellen müssen, daß wiederholt solche Verfahren Verzögerung erlitten, da die erforderlichen gerichtlichen Strafakten nicht mit der nötigen Beschleunigung herbeigeführt worden sind. Nach rechtskräftigem Abschluß des gerichtlichen Strafverfahrens soll daher in Zukunft besonders darauf Wert gelegt werden, daß die Strafakten sofort erforderlich werden. Falls einer solchen Anforderung nicht nachgegeben wird, ist ein erneutes Verbleiben binnen zehn Tagen zu erwidern und gleichzeitig darauf hinzuweisen, daß die ersuchende Behörde bei Nichtbefriedigung der Akten sich an die vorgelegte Behörde des Gerichts bezug der Staatsanwaltschaft wenden wird. Es sind dann innerhalb der geltenden Frist Abschriften zu fertigen, auch wenn sie umfangreich sind. Die Anfertigung dieser Abschriften ist nach Meinung des Kultusministers unbedingt angebracht, da die hierdurch entstehenden Kosten hinreichend durch die in den meisten Fällen eintretende Erparnis bei Beschleunigung des Dienststrafverfahrens ausgeglichen sind.

## Dormmüllers Stellvertreter

Reichsbahndirektionspräsident Kleinmann ernannt.

Berlin, 9. August.

Im Vorstand der Deutschen Reichsbahn hat sich ein Wechsel vollzogen. Der bisherige Ständige Stellvertreter des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahn Dr. jur. Dr. rec. pol. h. c. Wilhelm Weirauch ist auf seinen Antrag von seinen Dienstgeschäften entbunden und zunächst beurlaubt worden. An seine Stelle tritt der bisherige Präsident der Reichsbahndirektion Köln, Wilhelm Kleinmann. Der Reichspräsident hat die Ernennung Kleinmanns bestätigt.

Generaldirektor Kleinmann war bis Kriegsausbruch bei der Eisenbahndirektion Elberfeld, bei der Generaldirektion